

Den rechten Konsens durchbrechen! Wegsehen war schon immer Scheisse!

Die extrem rechte „Bürgerbewegung pro Köln“ will am 16. Juni einen „Schweigemarsch“ mit schwarzen Fahnen im Kölner Stadtteil Ehrenfeld durchführen. Ziel ihrer rassistischen Anfeindungen ist diesmal der geplante Neubau eines Moscheegebäudes an der Venloer Straße. Die DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.) will auf ihrem eigenen Grundstück dieses neue Gemeindezentrum bauen. Geplant ist ein repräsentativer Bau mit halbdtransparenter Kuppel und zwei Minaretten, in welchem u. a. auch Geschäftsräume und Begegnungsstätten geplant sind.

Seitdem die Baupläne bekannt geworden sind, erregen sie den Volkszorn nicht nur im Stadtteil, sondern weit darüber hinaus. „pro Köln“ und ihre Eigenkreation einer Bürgerinitiative machten von Beginn an mobil gegen das Bauvorhaben. Sie verbalisieren dabei mit ihrer populistischen Kampagne, die in latenter Form im Großteil der Bevölkerung vorhandenen ausländerfeindlichen Ressentiments und versuchen zusätzlich, diese zu schüren. Und so zieht „pro Köln“ seit Jahren einem Wanderzirkus gleich durch die Kölner Stadtteile, versucht AnhängerInnen und zukünftige WählerInnen zu rekrutieren und macht Stimmung gegen alles, was nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passt. Kaum ein Anlass wird ausgelassen, sie hetzen gegen Flüchtlingsunterkünfte, Beratungsstätten für Junkies, Moscheen, genauso wie gegen Linke und Homosexuelle.

In der Vergangenheit war „pro Köln“ mit derlei

Stimmungsmache zwar nicht immer gänzlich erfolglos, aber mit der Sammlung von angeblich mehr als 28.000 Unterschriften [davon allerdings ca. 10.000 behördlich unzulässige], ist es den altgedienten Neofaschisten von „pro Köln“ diesmal gelungen, den öffentlichen Diskurs maßgeblich mit zu bestimmen und ein für sie bislang einmaliges Medienecho zu erreichen. An der Front der MoscheeneubaugegnerInnen, die von der Ehrenfelder CDU bis hin zum kritischen Intellektuellen reicht, wurde „pro Köln“ selbst von der DITIB als Gesprächspartner anerkannt und zum Gespräch eingeladen.

Aber nicht nur „pro Köln“ samt ihrer Ableger aus ganz NRW, sondern auch der nordrheinwestfälische Jugendverband der neonazistischen NPD, die Jungen Nationaldemokraten (JN) und Neonazis aus dem „Kameradschafts“-Spektrum mobilisieren zum Aufmarsch am 16. Juni in Köln, für den bereits einige Größen der extremen Rechten als Redner gewonnen werden konnten. Unter anderen werden der Düsseldorfer Rechtsanwalt Björn Clements [ehemaliger stellvertretende REP-Bundesvorsitzender], HC Strache [Vorsitzender der österreichischen FPÖ] und der belgische Stadtrat Bart Debie [ein u. a. wegen der Misshandlung von MigrantInnen zu 3 Jahren auf Bewährung verurteilter Polizeibeamter] sprechen. „Vlaams Belang“, die Gruppierung von B. Debie, hat bereits angekündigt, am 16. Juni mit 2 Bussen nach Köln an zu reisen.

„Deutsch mich nicht voll!“

Die Ablehnung und Ängste, die „pro Köln“ bei der lokalen Bevölkerung mobilisieren kann, sind nicht im luftleeren Raum entstanden. Schon mit den ersten Arbeitskräfteabkommen, die die BRD mit verschiedenen Staaten abschloss, um kostengünstiges und mit weniger Rechten ausgestattetes Humankapital für den knappen Arbeitsmarkt in der BRD zu gewinnen, wurde ein Kurs in der Einwanderungspolitik gesetzt, der bis heute fortwirkt. Zuwanderung wurde und wird dabei zu allererst als eine Bedrohung wahrgenommen, die verhindert, kontrolliert und reguliert werden muss. Schon 1953 wurde mit dem Ausländerzentralregister in Köln ein eigenes Erfassungs- und Überwachungsinstrument geschaffen, das Menschen aufgrund ihrer nicht-deutschen Herkunft unter Generalverdacht stellt. Es war den verantwortlichen Stellen lange egal, dass das

Ausländerzentralregister ohne rechtliche Grundlage, also verfassungswidrig betrieben wurde, was ein Urteil 1983 klarstellte und erst 1994, zu einer gesetzlichen Anpassung führte.

Die ArbeitsmigrantInnen nannte man Gastarbeiter, ein programmatischer Begriff. Gelten in der deutschen staatsbürgerschaftlichen Tradition des "ius sanguinis" (Blutsrecht) nur diejenigen als Deutsch, die auch deutsche Eltern haben, konnten MigrantInnen nur Gäste sein und bleiben. Sie sollten brav ihre Arbeit für weniger Lohn als die deutschen KollegInnen verrichten, in abgeschotteten Wohnheimen artig ihren Feierabend verbringen und sich mit stark eingeschränkten Rechten zufrieden geben.

Trotz aller Kontrollversuche zeigten sich die MigrantInnen jedoch nicht so unterwürfig, wie

gedacht. Die einen holten ohne zu fragen ihre Familien nach, andere organisierten sich in Vereinen, wieder andere suchten die offene Konfrontation bei der Aneignung von Rechten, wie dies zum Beispiel beim so genannten Türkenstreik 1973 bei den Kölner Ford-Werken der Fall war. Allen stillen bis offenen Widerstandspraxen ist zunächst gemeinsam, dass sie vom durchaus sympathischen Willen getragen werden, das eigene Leben unter den gegebenen Bedingungen zu verbessern.

Genau diesen Willen können einige frustrierte KleinbürgerInnen nur schwer ertragen, da sie ihn sich selbst viel zu oft verwehren müssen und plötzlich bei Personen als erfüllt wahrnehmen, die aus ihrer Sicht nur hier sein sollten, um der deutschen Mehrheitsbevölkerung nützlich zu sein. Das völkische Ticket, der Anspruch als „Bluts- und Kulturdeutsche“ doch bitteschön Exklusivrechte in Anspruch nehmen zu können, äußert sich in solchen Momenten.

Eine repräsentative Moschee, können viele gerade deswegen nicht ertragen, da eine solche den beschriebenen Exklusivanspruch der Mehrheitsdeutschen symbolisch in Frage stellt. Solange Moslems in heruntergekommenen Lagerhallen oder Hinterhofräumlichkeiten ihrer religiösen Praxis nachgehen, stellt dies für die meisten kein Problem dar, da sich in solchen Örtlichkeiten die zugewiesene gesellschaftliche Rolle am Rand bzw. im Unsichtbaren spiegelt. Eine repräsentative Moschee, die inmitten Kölns liegt,

symbolisiert das, was viele nicht ohne Schaum vorm Mund ertragen können: Das, was sie als fremd empfinden, fordert einen legitimen Platz in ihrem exklusiv beanspruchten Umfeld.

In diesem rassistischen Wahn können selbst MigrantInnen der dritten Generation nicht „echte“ Ehrenfelder sein, egal wie lange sie ihren Lebensmittelpunkt in diesem Stadtviertel haben. Und so lebt ein Stück Blut-und-Boden-Mentalität auf Veedel-Ebene fort: Die DITIB habe gefälligst „die Ehrenfelder“ zu fragen, was sie auf ihrem Gelände zu tun gedenkt. Gemeint sind dabei jedoch nur diejenigen, die als die „echten Ehrenfelder“ gelten, also in der rassistischen und nationalistischen Denke „echte Deutsche“ sind und sich mit der Ehrenfelder Scholle so richtig tief verwurzelt wähnen.

Andere, wie zum Beispiel die Ehrenfelder CDU, befürchten, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung „in ihrer christlich-abendländischen Kultur nicht mehr wiederfindet“. Auch hier werden die Einzelnen ethnisch-kulturellen Kollektiven untergeordnet und nicht mehr als Individuen betrachtet. Vermeintliche und echte Probleme werden ethnisiert. Der hier angewandte Kulturbegriff ist ein starrer. Kultur wird nicht als fließend, sich entwickelnd und somit als ein Prozess verstanden, sondern als feste, quasi-natürliche Einheit, die sich klar nach außen abgrenzt. Dies ist die aktuelle Variante des Rassismus.

Religion ist auch doof...

Die bürgerliche Gesellschaft hat die Religionsfreiheit zu einem Grundrecht erklärt. Während es wichtig ist, angesichts der rassistischen Anfeindungen in Ehrenfeld hinter eine solche Errungenschaft nicht zurückzufallen, bleibt es doch genauso essentiell, eine emanzipative Religionskritik zu formulieren, die die Befreiung des Individuums von den Zumutungen organisierter Religion zum Ziel hat. Eine solche Kritik begreift das Bedürfnis nach Religion universell als Ausdruck falschen Bewusstseins in einer falsch eingerichteten Welt.

Vor allem religiösen Vereinigungen ist äußerst misstrauisch zu begegnen, haben sie doch vor allem handfeste diesseitige Interessen, die sie durchzusetzen versuchen. Das gilt für die DITIB ebenso wie für die christlichen Amtskirchen wie auch für alle anderen Assoziationen, die auf

Spiritualität und Religion gegründet sind. Insofern ist uns die Gründung des Zentralrats der Exmuslime sympathischer als ein Moschee-Neubau. Das allein kann jedoch kein Grund sein, der DITIB den Moschee-Bau zu untersagen. Schließlich hat sie als religiöse Gemeinschaft denselben Anspruch auf einen angemessenen Ort ihrer Aktivitäten wie vergleichbare andere auch.

Diesen Anspruch wollen wir gegenüber den rassistischen Ausgrenzungsversuchen von „pro Köln“ und GesinnungsgenossInnen verteidigen. Das bedeutet jedoch nicht, dass dies mit einer unkritischen Haltung gegenüber der DITIB und Religion im Allgemeinen einhergeht. Wir wollen die Menschen nicht in die Gebetsräume treiben, sondern eine kritische Distanz dazu vermitteln. In diesem Sinne:

|| Deutsche Zustände sprengen! ||
|| Für die Emanzipation des Individuums! ||

